

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 03/2009

NEUSTART FÜR DIE IV

Die IV muss dringend saniert werden. Dazu sind zusätzliche Einnahmen unumgänglich. Die EVP hat der Abstimmungsvorlage vom 27. September für eine Zusatzfinanzierung bereits vor Jahresfrist zugestimmt.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Der Schuldenberg der IV wird immer grösser. Heute steht sie bei der AHV mit rund 13 Milliarden in der Kreide, jeden Tag kommen weitere 4 Millionen Franken dazu. Dass die IV saniert werden muss, ist unbestritten. Für die EVP ist klar: ohne zusätzliche Einnahmen gehts nicht.

Um das jährliche Defizit der IV zu decken und eine Weiterverschuldung der IV zu verhindern, schlagen Bundesrat und Parlament eine auf sieben Jahre befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozentpunkte vor. Nachträglich hat das Parlament die Einführung um ein Jahr auf 2011 verschoben und sich damit die Unterstützung der Wirtschaftsverbände gesichert.

Bei Annahme der Vorlage werden die beiden Sozialwerke zudem finanziell getrennt: die IV erhält einen eigenen Ausgleichsfonds, der von der AHV mit 5 Milliarden Franken Startkapital versehen wird (à fonds perdu). So muss die AHV nicht mehr länger das Defizit der IV

übernehmen. Die eingangs erwähnten 13 Milliarden Schulden werden nicht angetastet: während der siebenjährigen Zusatzfinanzierung erhält die AHV die dafür fälligen Zinsen vom Bund, nachher vom IV-Ausgleichsfonds. Irgendwann wird die Politik zu entscheiden haben, was mit diesem Schuldenberg geschehen soll.



«Dank der IV kann ich mit dem Rollstuhl zur Schule»: So werben die Behindertenverbände für ein Ja zur IV-Finanzierung.

Die EVP hat bereits im August 2008 die Ja-Parole beschlossen (mit 81 zu 9 Stimmen) und sieht keinen Grund, auf diesen Entscheid zurückzukommen, Wirtschaftskrise hin oder her. Vielmehr will sie der Zusatzfinanzierung «aus Solidarität gegenüber den Schwächsten und aus Patriotismus» zustimmen, wie es der scheidende Sozialminister Pascal Couchepin formuliert hat.

Derweil zeigt die 5. IV-Revision Wirkung. Die Zahl der Neurenten sinkt, die Zahl der laufenden Renten nimmt langfristig ab. Um den Schuldenberg anzugehen und das jährliche Defizit nach Ablauf der befristeten Zusatzfinanzierung aufzufangen, sind weitere Sanierungsschritte aber unumgänglich. Unlängst hat der Bundesrat den ersten Teil der 6. IV-Revision in die Vernehmlassung geschickt: Diesen teils harten Einschnitten wird die EVP nicht ohne weiteres zustimmen können. Schon jetzt ist aber klar: Sichern wir der IV im September keine zusätzlichen Einnahmen, spielen wir den Befürwortern einer unbarmherzigen 6. IV-Revision in die Hände!

KOMMENTAR



EVP in Bewegung

«The EVP moves» – Die EVP zieht um. Ab sofort liegt das Generalsekretariat der Bundespartei in der Berner Altstadt. Nach über 60 Jahren Gastrecht in der Wirtschaftshauptstadt Zürich zieht die EVP in die politische Hauptstadt der Schweiz. Neben allen anderen Parteisekretariaten sind zahlreiche Verbände, Organisationen und nicht zuletzt die Bundeshausjournalisten in Bern ansässig. Die EVP will am Puls des Geschehens sein und die Bundespolitik mitprägen, die medial immer mehr an Bedeutung gewinnt.

«The EVP moves» – Die EVP bewegt. Aktuell rund 4700 Menschen haben sich bewegen lassen, die EVP als Mitglied zu unterstützen. Viele davon bewegen als Mandatsträgerinnen und -träger in öffentlichen Ämtern die Tagespolitik. Und es werden – Gott sei Dank – immer mehr. Politik ist grundsätzlich eine Frage der Bewegung. Um in einer Konsensdemokratie Lösungen zu finden, muss man sich unweigerlich bewegen. Aber nur so weit, als es sich mit den eigenen Prinzipien und Grundsätzen vereinbaren lässt. Diese Grenze zu definieren, ist unsere tägliche Herausforderung.

Joel Blunier, Generalsekretär

EVP beschliesst Stimmfreigabe zur Kriegsmaterial-Initiative

An der Delegiertenversammlung vom 22. August in Genf beschloss die EVP Schweiz Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», nachdem 32 Delegierte für eine Ja- und ebensoviele für eine Nein-Parole votiert hatten. Einig war man sich in der Analyse, dass das geltende Gesetz eigentlich ausreiche, aber nicht genügend konsequent angewendet werde. Zur Schaffung einer Spezialfinanzierung im Luftverkehr fasste die EVP Schweiz mit 50 zu 13 Stimmen die Nein-Parole. Die dritte Vorlage vom 29. November, die Minarettinitiative, wird von der EVP ebenfalls abgelehnt.

Eindrückliche Menschen in der EVP

Auf der ersten Seite des Sportteils der Aargauer Zeitung vom 15. August 2009 war oben rechts zu lesen: «Der 21-jährige Raphael Mauch aus Sarmenstorf ist ein Talent auf den Inline-Skates, EVP-Politiker und bekennender Christ.» Im Rahmen einer Serie über Menschen aus dem Aargauer Sport wurde der schnelle Inline-Skater als Sportler und Mensch vorgestellt. Seine Grundlage ist der Glaube an Jesus Christus, sportlich ist er ein Ausreisser. Gleichzeitig ist er aktiv in der Jungen EVP und war bereits Kandidat für den Grossen Rat. Raphael ist ein aufgestellter Christ, den wir gerne in unseren Reihen haben.

Kurz vor dem Umzug unseres Generalsekretariates war ich in Zürich. Unsere Praktikantin war beim Verlesen alter Akten. Da stiess sie auf Zeitungsartikel über Emil Brunner. Was hatte er mit der EVP zu tun, war ihre berechtigte Frage. Emil Brunner, ein bedeutender Theologe des 20. Jahrhunderts, war in seinen letzten Lebensjahren Mitglied der EVP und trat auch öffentlich für uns ein. Sein Vortrag über «Wir Christen und das politische Leben», gehalten an der ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP Schweiz des Jahres 1944, ist nach wie vor lesenswert, auch wenn er in einer für unser Land anderen Zeit gehalten wurde. Seine Bücher wie «Das Gebot und die Ordnungen» und «Gerechtigkeit» waren mir in grundsätzlichen Fragen der politischen Orientierung als Christ wegleitend.



Was haben der 1889 geborene Emil Brunner und der 99 Jahre später geborene Raphael Mauch gemeinsam? Beide Christen, mit unterschiedlichsten Gaben, die sie in ihrem Leben einsetzten oder heute leben, fanden den Weg in die EVP. Sie sind für mich Beispiele für viele eindruckliche Menschen in unserer Partei.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Lieber Herr Bundesrat, darf ich davon ausgehen, dass Sie Verständnis haben, wenn wir für einmal den Familien und nicht dem Bundesrat eine Freude machen wollen?»

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) am 29. April 09 in der Sondersession auf die Bitte von Bundesrat Merz, dem jährlichen Ausgleich der kalten Progression zuzustimmen und damit dem Bundesrat eine Freude zu machen.

NEUE ADRESSE

Das Generalsekretariat der EVP Schweiz ist ab sofort erreichbar unter:

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)
Nägeligasse 9, Postfach 294
3000 Bern 7
Telefon 031 / 351 71 71 www.evppev.ch
Fax 031 / 351 71 02 info@evppev.ch

PAROLEN DER EVP

beschlossen von den Delegiertenversammlungen der EVP Schweiz vom 23. August 2008 in Schaffhausen und vom 20. Juni 2009 in Winterthur für die Volksabstimmung vom 27. September 2009:

- IV-Zusatzfinanzierung** JA
- Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative** JA

INHALT

- Schutz vor Passivrauchen:**
- Unterschreiben Sie die Volksinitiative der Lungenliga!** 4
- Einer Religionsgemeinschaft ein Bauwerk verbieten?**
- Weshalb die EVP die Minarettinitiative ablehnt** 5
- EVP-Vorstösse in der Sommersession:**
- Faire Asylverfahren und Stopp Bienengift** 5
- Im Bundeshaus erfolgreich durchgesetzt:**
- Unabhängige Aufsicht bei der Fortplantungsmedizin** 7

NEUE FÜHRUNGSRIEGE

Die *jevp hat eine neue FührungscREW: Reto Stalder ist seit Januar neuer Generalsekretär, Sara Fritz und Roman Rutz teilen sich seit Ende März das Präsidium.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Sara und Roman, vor fünf Jahren habt Ihr die *jevp mitbegründet. Wie hat sie sich entwickelt?

Sara: Wir haben uns von einer unbekanntenen, sehr kleinen Partei zu einer kleinen Jungpartei gemausert, die es immer wieder mal schafft, sich bemerkbar zu machen.

Roman: Heute sind einige junge Mitglieder innerhalb der *jevp oder der EVP aktiv und können so wertvolle politische Erfahrungen sammeln. Ebenfalls pflegen wir einen guten Kontakt zu anderen Jungparteien. Aktuell planen wir gemeinsam eine nationale «Schultour», auf der wir gemeinsam Jugendliche für die Politik gewinnen wollen.

Was ist Eure Motivation zur Übernahme des Präsidiums?

Roman: Vitamin «E» für die Schweiz: Die Schweiz braucht vermehrt Politiker die sich auf christlicher Basis für die Bevölkerung einsetzen. Ich möchte mithelfen, gerade junge Menschen für ein solches Engagement zu motivieren und zu schulen. Nebenbei ist die Aufgabe als Co-Präsident auch für mich sehr spannend und lehrreich. Das bringt mich auch abseits der Politik weiter.

Sara: Wie Roman habe ich mitgeholfen, die *jevp zu gründen und bin seither im Vorstand. In dieser Zeit konnte ich enorm viel lernen – insbesondere von den älteren Gründungsmitgliedern. Ich bin überzeugt, dass es die *jevp braucht und möchte auch anderen Jugendlichen die Möglichkeit geben, durch die *jevp erste politische Erfahrungen zu sammeln. Für mich ist dieses Amt eine grosse Ehre, aber auch eine Herausforderung.

Welche Schwerpunkte setzt Ihr?

Sara: Wir wollen das Wachstum der *jevp weiter vorantreiben und die Glaubwürdigkeit der *jevp festi-



Bringen die *jevp voran: Roman Rutz, Sara Fritz und Reto Stalder.

gen. Bei den nächsten Nationalratswahlen wollen wir erheblich zu den Wahlzielen der EVP beitragen.

Roman: Schwerpunkte sind die Mitgliederwerbung sowie die verstärkte Förderung und Schulung von jungen Mitgliedern, die der einst Verantwortung in der *jevp und der EVP übernehmen sollen.

Wie teilt Ihr Euch das Co-Präsidium?

Roman: Das Co-Präsidium hat den grossen Vorteil, dass wir uns ergänzen können und nicht überall Spezialisten sein müssen. So haben wir die politischen Themen nach unseren Stärken aufgeteilt: ich bin unter anderem für Finanzen, (Land-)Wirtschaft und Bildung zuständig, während Sara für Umwelt,

Familie, Migrations- und Asylpolitik verantwortlich ist. Auch bei der Sitzungsleitung oder bei Terminen können wir uns abwechseln und entlasten.

Sara: Wir haben uns die meisten Aufgaben aufgeteilt. So ist Roman für die Kontakte zur Mutterpartei verantwortlich, während ich mich um die Kontakte zu anderen Jungparteien im In- und Ausland kümmere. Auch geografisch ergänzen wir uns gut: ich bin für die Nordwestschweiz, Bern und die Westschweiz verantwortlich, während Roman die Ost- und Zentralschweiz und Zürich abdeckt.

Reto, Du bist in kurzer Zeit vom «einfachen» Mitglied der *jevp zu ih-

rem Generalsekretär geworden. Wie hast Du Dich ins neue Amt eingelebt?

Reto: Der Einstieg wurde mir angenehm gemacht, da ich sehr gut eingeführt worden bin. Nach kurzer Zeit konnte ich damit beginnen, Mitgliederversammlungen vorzubereiten, Jugendkomitees mitzugestalten oder die neue Homepage der *jevp mit Inhalten zu füllen. Die Aufgaben gefallen mir sehr.

Welche akzente willst Du setzen?

Reto: Ich denke, wir sind auf gutem Weg, müssen aber daran arbeiten, in der Öffentlichkeit vermehrt wahrgenommen zu werden. Dazu brauchen wir charakterstarke Personen mit gutem politischem Wissen. Wir wollen deshalb die jungen Mitglieder noch mehr und gezielter fördern. Auch müssen wir vermehrt mit witzigen Aktionen für Aufmerksamkeit sorgen und unsere Anliegen bekannt machen.

Wo seht Ihr die *jevp in fünf Jahren?

Sara: Mit einer neuen, jungen und motivierten FührungscREW politisieren wir weiterhin echt, evangelisch und engagiert. Wir haben einen gewissen Einfluss in der nationalen Politik und stellen mindestens drei *jevp-Kantonsräte.

Roman: In fünf Jahren haben wir 500 Mitglieder, werden von den Medien und der Bevölkerung als innovativ und lösungsorientiert wahrgenommen und sind im christlichen Umfeld gut verankert.

Reto: Die ersten Mitglieder werden unsere Kaderschmiede absolviert haben, die im Moment aufgebaut wird – mit sichtbarem Effekt auf die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und das Mitgliederwachstum.

Sara Fritz, 24

Kirche: FEG Birsfelden
Beruf: KV-Lehre in einer Advokatur in Basel
Hobbys: Reisen, Sport, klassische Musik, Lesen
Politik: ehem. Jugendrätin Baselland, Mitglied Gemeindekommission und Geschäftsprüfungskommission in Birsfelden, Co-Präsidentin *jevp Schweiz

Roman Rutz, 24

Kirche: FEG Wil
Beruf: Student der Volkswirtschaftslehre an der Uni St.Gallen (im 5. Semester)
Hobbys: Fussball, Velo fahren, KTV Wil Handball
Politik: Sekretär EVP Kanton St.Gallen, Co-Präsident *jevp Schweiz

Reto Stalder, 22

Kirche: Landeskirche Huttwil
Beruf: Passerelle Bern
Hobbys: Beachvolleyball, Kitesurfen, Jungschar
Politik: Generalsekretär *jevp

Neuer Webauftritt

Besuchen Sie die neue Webseite der *jevp unter www.jevp.ch!



Gesundheitswesen

Vor einiger Zeit schilderte mir mein Cousin, der seit über dreissig Jahren in Südafrika lebt, das dortige Gesundheitswesen.

Wenn er einen Arzt aufsuchen muss, wartet er jedes Mal stundenlang, bis er behandelt wird.

Kürzlich war ich selbst für neun Tage im Spital und war tief beeindruckt vom Einsatz, den die Ärzte und das gesamte Pflegepersonal leisteten. Sie waren Tag und Nacht zur Verfügung, jederzeit freundlich, aufmerksam und hilfsbereit. Die Nachbehandlung übernahm mein Hausarzt, kompetent und freundlich, ohne lange Wartezeiten. Aus Respekt vor dieser guten Leistung unserer Gesundheitsfachleute ziehe ich den Hut. Welch ein Kontrast zu dem, was mein Cousin in Südafrika erlebt!

Ich meine, diese Errungenschaft darf nicht nur auf die individuellen Bedürfnisse reduziert werden. Eine der urchristlichen Grundhaltungen finden wir im Wort «Solidarität». Auch wenn ich nicht immer einen direkten Nutzen oder Vorteil habe, will ich solidarisch zu denen in noch grösserer Not sein.

Wie wir aus der Presse gehört haben, steigen die Krankenkassenprämien wieder. Ich appelliere an alle, nicht immer das Maximum aus allem herauszuquetschen, sondern das Wort Jesu ernst zu nehmen: «Ein jeder trage die Last des andern».

So üben wir echte Solidarität und die Krankenkasse wird weiterhin für alle erschwinglich bleiben. Eigenverantwortung kann durch nichts ersetzt werden. Wenn diese aufgegeben wird, werden alle verlieren!

Heinz W. Strupler,
Präsident Bund Evangelischer
Gemeinden/Newlife,
Internationaler Direktor ISTL

INITIATIVE «SCHUTZ VOR PASSIVRAUCHEN»

Weil die Bundeslösung mit Ausnahmen gespickt ist und einen kantonalen Flickenteppich zulässt, hat die Lungenliga die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» lanciert. Die EVP unterstützt die einfache und klare Regelung. Unterschreiben Sie noch heute!

(nh). Weil das im Herbst 2008 beschlossene Bundesgesetz den Passivrauchschutz unnötig verkompliziert und durchlöchert, hat die Lungenliga gemeinsam mit weiteren Organisationen die Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen» lanciert. Sie fordert eine schweizweit einheitliche und wirksame Regelung zum Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauch und verlangt,

dass in der Schweiz alle Innenräume rauchfrei werden, die öffentlich zugänglich sind oder als Arbeitsplätze dienen. Wirtinnen und Wirte haben die Möglichkeit, unbediente Rauchräume (Fumoirs) einzurichten. Davon profitiert zum einen die Bevölkerung, die rauchfreie Arbeitsplätze und Lokale will, wie verschiedene kantonale Urnengänge gezeigt haben, aber auch das Ser-

vicepersonal, das heute völlig ungenügend geschützt ist. Die Wirtinnen und Wirte schliesslich haben so in allen Kantonen gleich lange Spiesse.

Die EVP hat sich im Nationalrat und den Kantonen für einen besseren Schutz eingesetzt und unterstützt diese Initiative. Unterschreiben Sie den beiliegenden Bogen noch heute! Weitere Informationen unter www.rauchfrei-ja.ch.

Das will die Initiative

- **Mehr Lebensqualität:** Drei von vier Nichtrauchernden wünschen sich, ihr Essen in einer rauchfreien Atmosphäre zu geniessen.
- **Einen umfassenden Schutz aller Arbeitnehmenden:** Serviceangestellte atmen täglich bis zu 8 Stunden den ungesunden Tabakrauch. Die Belastung entspricht derjenigen von 15 bis 38 Zigaretten.
- **Eine einheitliche und klare Regelung für die ganze Schweiz:** Eine nationale Lösung schafft Klarheit für die Gäste und gleiche Bedingungen für alle Wirtinnen und Wirte.



**Kanton Bern seit Juli rauchfrei:
Grossrat Ruedi Löffel ist am Ziel.**

DIREKTE DEMOKRATIE

KEIN SCHROTT IN DER VERFASSUNG

Die allgemeine Volksinitiative wurde, wie von der EVP befürchtet, zur Totgeburt. Weil sie sich nicht umsetzen lässt, soll sie nun aus der Verfassung gestrichen werden.

(nh). «Die allgemeine Volksinitiative kann zur Totgeburt werden: Wer setzt sich für eine Vorlage ein, die das Parlament verändern kann, wenn er mit dem gleichen Aufwand eine ausformulierte Volksinitiative einreichen kann?» warnte Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) im November 2002. Einzige Innovation im «Bundesbeschluss über die Änderung der Volksrechte» sei das Staats-

vertragsreferendum, das vor allem den konservativen Kräften diene.

Die EVP fasste die Nein-Parole, doch das Volk stimmte der Einführung der allgemeinen Volksinitiative zu. Mit diesem Instrument hätten 100 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone die Annahme oder Aufhebung von Verfassungs- oder Gesetzesbestimmungen verlangen können. Für die konkrete Umsetzung

wäre dann das Parlament verantwortlich gewesen. Das entsprechende Ausführungsgesetz war aber derart gespickt mit Problemen, dass beide Räte gar nicht erst auf die Vorlage eintraten: Als unlösbar erwies sich beispielsweise der Fall, wenn sich National- und Ständerat über die Umsetzung einer Initiative nicht einigen können.

Die Verfassung soll keine Altlasten enthalten, die sich nicht umsetzen lassen. Deshalb unterstützt die EVP den Verzicht auf die allgemeine Volksinitiative: Sie ist zu kompliziert und nicht attraktiv im Vergleich zur ausformulierten Volksinitiative. Viel wichtiger wäre eine echte Stärkung der Volksrechte: beispielsweise indem 70 000 Unterschriften für eine Initiative ausreichen würden.

MINARETT IST NUR DIE SPITZE DES EISBERGS

Für die EVP ist die Minarettinitiative das falsche Mittel, um die muslimische Bevölkerung auf unsere Grundwerte zu verpflichten. Vielmehr sollen sich alle muslimischen Organisationen zur Bundesverfassung und der Religionsfreiheit bekennen müssen.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Etwa 5 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind Muslime. Sie sind meist in die Schweiz immigriert und stammen aus den verschiedensten Ländern. Sie leben in der Schweiz und werden voraussichtlich auch hier bleiben. Die meisten von ihnen sind nicht praktizierende Muslime. Das Allerwichtigste ist die Integration dieser Menschen: sie müssen die Schweiz, unsere Bräuche und Werte kennenlernen. Sie müssen unsere Rechtsordnung beachten und wissen, was ihre Rechte und Pflichten sind. Sie müssen sich im Alltag zurechtfinden und auf eigenen Beinen stehen können. Dazu ist es unerlässlich, dass sie eine Landessprache erlernen. Während sich die Auswanderergeneration nie ganz integrieren lassen wird, entscheidet sich der Integrationserfolg bei den Secondos: sie müssen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden. Sonst besteht die Gefahr, dass sie auf der Suche nach ihren Wurzeln sehr viel radikaler werden als ihre Eltern.

Hassprediger ausweisen, Passive nicht radikalieren

Der Islam in der Schweiz ist nicht einheitlich. Die EVP will, dass Extremisten ausgewiesen werden. Wer Hass predigt, hat in der Schweiz nichts verloren. Die Bundesverfassung muss durchgesetzt werden, auch lokal. Praktizierende Muslime müssen die Freiheit haben, ihren Glauben zu leben. Auch sie sind an die Verfassung gebunden. Wir wollen verhindern, dass sie sich in eine versteckte Parallelgesellschaft mit eigenen Regeln und Gesetzen zurückziehen. Schliesslich sollen passive Muslime nicht unnötig radikali-

siert werden. Übertriebene Kampfansagen drängen sie auf ihre Wurzeln zurück und lassen sie ihre muslimische Identität neu entdecken.

Der gefährliche Teil des Eisbergs ist unter Wasser

Die EVP will keine Minarette und sie begrüsst auch nicht eine Ausbreitung des Islams in der Schweiz. Doch man kann nicht einer Religionsgemeinschaft ein Bauwerk verbieten und so die Muslime bei der Religionsfreiheit einfach ausklammern. Wir beseitigen den Eisberg nicht, wenn wir den obersten Teil – das Minarett – entfernen. Probleme wie Zwangsehen oder die Missachtung der Religionsfreiheit verstecken sich unter der Oberfläche und haben einen viel grösseren Einfluss auf eine allfällige Islamisierung. Oder haut die Initiative den Sack und meint den Esel? Wer grundsätzlich keine Muslime will oder sie für nicht integrationsfähig hält, muss die Einwanderungsgesetze ändern.

Forderungen der EVP

Statt einem Minarettverbot will die EVP, dass die bestehenden Gesetze konsequent durchgesetzt werden: Gewaltaufrufe, Zwangsheiraten, Mädchenbeschneidungen, die Unterdrückung der Frau oder gar die Anwendung der Scharia werden nicht toleriert. Zweitens sollen sich alle muslimischen Organisationen in der Schweiz in einer Grundsatzerklärung zur Bundesverfassung bekennen müssen. Damit anerkennen sie die Religionsfreiheit und garantieren auch Musliminnen und Muslimen, ihre Religion ohne Angst vor Vergeltungsmassnahmen wechseln zu können. Wer sich in der Schweiz niederlassen will, muss eine Landessprache sprechen oder entsprechende Kurse besuchen. Die Nagelprobe

für die Integration findet in der Schule statt, weil hier der Ausländeranteil deutlich höher ist, als in der Gesamtbevölkerung: entsprechend will die EVP den Besuch von Elternabenden, Schwimmunterricht und Klassenlager für obligatorisch erklären. Muslimische Geistliche sollen einen Teil ihrer Ausbildung in der Schweiz absolvieren müssen, damit sie mit dem hiesigen Wertesystem in Kontakt kommen. Schliesslich fordert die EVP einen neuen Religionsartikel in der Bundesverfassung: er soll gewährleisten, dass alle ihre Religion frei wählen, ungehindert ausüben, aber auch wechseln können. Er müsste zweitens die christliche Grundkultur unseres Landes zum Ausdruck bringen.

Überzeugendes Christentum schlägt jedes Minarett

Ein Nein zur Minarettinitiative bedeutet in keiner Weise ein Recht darauf, irgendwo Minarette zu errichten. Sondern macht den Weg frei für eine bessere Lösung, welche die zentralen Fragen berücksichtigt: die Notwendigkeit der Integration und das Bekenntnis zu unserer Rechtsordnung. Wer in der Schweiz leben will, muss die Toleranz gegenüber Andersgläubigen und die Gleichwertigkeit der Geschlechter respektieren. Ohne persönliche Begegnung mit den Migrantinnen und Migranten geht es nicht. Sie sind der Schlüssel zur Integration. Das ist anstrengend und bedeutet Arbeit. Doch Integration ergibt sich nicht quasi per Fernbedienung mit einem Minarettverbot in der Verfassung. Wir wollen keine Islamisierung der Schweiz, sondern dass christliche Werte wieder sichtbarer und verbindlicher gelebt werden. Denn ein überzeugend gelebtes Christentum schlägt jedes Minarett.

Keine Tötung von Embryonen

Die EVP lehnt den Vernehmlassungsentwurf zur Präimplantationsdiagnostik ab, weil damit menschliches Leben getötet und der erste Schritt zur Selektion gemacht wird.

Höhere Strafrahmen für Raser

Mittels einer parlamentarischen Initiative will Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) Raser neu fünf statt drei Jahre wegsperren können – und zwar auch dann, wenn bei ihren Tempoexzessen glücklicherweise (noch) keine Menschen getötet oder verletzt worden sind.

Schutz der Bienen

Zweitens will Aeschbacher mit einer Interpellation die Bienen-gifte Clothianidin und Imidacloprid in Pflanzenschutzmitteln verbieten. Der Bund soll die Zulassungsprüfungen von Chemikalien verbessern und dafür sorgen, dass sich der Pestizeidinsatz in den nächsten Jahren halbiert.

Faire Beurteilung von Asylsuchenden

Viele Asylsuchende kommen aus muslimischen Ländern, in denen Konvertiten mit der Todesstrafe rechnen müssen. Wenn sie während ihrem Aufenthalt in der Schweiz zu einer anderen Religion konvertieren, verändert sich ihre Ausgangslage nach einem negativ beurteilten Erstgesuch entscheidend. EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) verlangt deshalb mit einer Interpellation eine gründliche Abklärung von Zweitgesuchen, bei denen Konversion als Asylgrund angegeben wird. Der Bund müsse eine persönliche Anhörung durchführen, Fachleute beiziehen und die Anrufung des Bundesgerichts wieder zulassen, weil bei Asylentscheiden höchste Rechtsgüter auf dem Spiel stehen würden.

BUCHTIPP

«Auch Politiker sind Menschen»

EVP-Präsident Heiner Studer hat ein Buch mit dem Titel «Auch Politiker sind Menschen». Aus dem zwischenmenschlichen Alltag im Bundeshaus» verfasst. Wer den Politbetrieb nur aus der Ferne kennt, findet darin neue Einsichten. «Wenn Leserinnen und Leser zur Überzeugung kommen, im politischen Bereich mitzugestalten, könnte spannend sein, dann hat mein Buch seinen Zweck erreicht», beschreibt Heiner Studer seine Motivation. Das Buch ist erhältlich unter www.blaukreuzverlag.ch.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 16. Jahrgang, Nummer 3, September 2009. Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:
Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Joel Blunier, Niklaus Hari, Heinz Strupler, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Anzeigen

AUS DEM BUNDESHAUS

KEIN ALKOHOL AM TV!

Die EVP wehrt sich gegen Alkoholwerbung an Radio und Fernsehen und setzt eine unabhängige Aufsicht in der Fortpflanzungsmedizin durch.

(nh). Ein Verfassungsartikel soll die **Forschung am Menschen** regeln. Die EVP kämpft für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Menschenwürde und Forschungsfreiheit, der Nationalrat will die Forschungsfreiheit absolut priorisieren. Noch steht der Ständerat auf der Bremse.

Alkoholwerbung hat am Fernsehen nichts zu suchen. Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) zieht die Mehrheit der Fraktion auf seine Seite, dennoch will der Nationalrat Werbung für Bier und Wein erlauben. Zum Glück beharrt der Ständerat knapp auf der Beibehaltung des Werbeverbotes. Fortsetzung in der Herbstsession.

Der offizielle Schlussbericht zur **EURO 2008** äussert sich nicht zur Diskrepanz zwischen dem steuerfreien Milliardenprofit der UEFA und den Aufwendungen der öffentlichen Hand. Aeschbacher will die UEFA besteuern wie jedes andere Unternehmen auch.

Der Anstieg der **Krankenkassenprämien** löst eine Sonderdebatte aus. Die Politik scheitert wohl einmal mehr an den zahlreichen Sonderinteressen und den vielen Kasernenvertretern im Parlament. Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) befürchtet: «Eine eindeutige Therapie ist in der nationalrätlichen Sprechstunde nicht auszumachen.»

Der Nationalrat will eine **unabhängige Aufsicht und Statistik bei der Fortpflanzungsmedizin**. «Es gibt in dieser heiklen Materie keine Kompromisse. Ist bei forschungsfreundlichen Vorlagen jeweils von strikter Kontrolle die Rede, muss das im Nachhinein auch so umgesetzt werden», betont EVP-Präsident Heiner Studer, der die Sache mit einer Motion ins Rollen gebracht hat.

Eine zweite Motion von Studer, die den **Energieverbrauch statt die Arbeit besteuern** will, passiert nach dem Nationalrat auch den Ständerat und wird für den Bundesrat zum verbindlichen Auftrag. Das zeigt: EVP-Rezepte sind mehrheitsfähig!

Studer ist erleichtert, dass der Nationalrat einer **Hundegesetzgebung des Bundes** zustimmt. Vorgehen sind eine obligatorische Haftpflichtversicherung, eine Leinenpflicht an sensiblen Orten und eine Meldepflicht für aggressive Hunde.

CVP hat Vorrang

Für EVP-Präsident Heiner Studer ist es naheliegend, dass die Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin aus den Reihen der CVP/EVP/glp-Fraktion kommt. Wichtig ist, dass es sich um eine integrale Persönlichkeit handelt.

KURZ & BUENDIG

Neu in der Exekutive

Niedergösgen SO: Trotz Verkleinerung von 15 auf 11 Sitze ist die EVP neu mit Philipp Limacher im Gemeinderat vertreten.

Münchenbuchsee BE: Katja Schenkel ersetzt Matthias Hügli im Gemeinderat.

Münsingen BE: Jakob Hasler rückt für Alfred Steiner in den Münsinger Gemeinderat nach.

Neu in der Legislative

Münsingen BE: Werner Fuchser nimmt im Gemeindeparlament Einsitz für Thérèse Rupp.

Zollikofen BE: Infolge Wegzug von Myrta Hubacher ist Pierre-Yves Crettenand neu im GGR.

Dietikon ZH: Für Christa Maag (neu Friedensrichterin) rückt Julia Neuenschwander nach.

Neue Präsidien

EVP Appenzell Ausserrhoden: Nach dem Wegzug von Christian Eckert teilen sich Regula Compér und Peter Künzle neu das Präsidium der Kantonalpartei.

EVP Basel-Stadt: Infolge Übertritt von Heinrich Ueberwasser zur SVP leitet Leonhard Müller die Kantonalpartei Basel-Stadt.

EVP Kreuzlingen TG: Nach fünf Jahren übergibt Marco Felsberg das Präsidium an Gemeinderat Thomas Leuch.

EVP Kolliken AG: In Kolliken wird Peter Rytz Nachfolger von Sämi Vogel.

EVP neu in Heimberg

Nach dem Einzug in den Gemeinderat vor einem Jahr, ist in Heimberg die 52. Ortsgruppe im Kanton Bern gegründet worden. Das Co-Präsidium teilen sich Markus Hunziker und Rosmarie Ryser-Fahrni.

Streiff verzichtet

Weil sie zur Präsidentin des Branchenverbandes der Behinderten-Institutionen INSOS gewählt worden ist, tritt Marianne Streiff bei den Könizer Gemeindewahlen im November nicht mehr an.

www.livenet.ch
...errischt!
News • Agenda • Adressen
Jobs • Forum • Webhosting
... am Puls der Zeit!
www.livenet.ch
Unser Tipp:
Top-Newsletter
Aktuelle News und geistliche Impulse
Livenet.ch - für angeparte Christen
Jesus.ch - für am Glauben Interessierte



CHRISTEN IN EUROPA VERNETZEN SICH

(nh). Auf Einladung von EVP und EDU hat der 5. Kongress des European Christian Political Movement (ECPM) im Juni in Bern stattgefunden. Die EVP ist seit 2007 Mitglied dieser politischen Vereinigung von aktuell 22 christlichen Parteien aus 16 europäischen Staaten. Unser Bild zeigt den jährlich stattfindenden Mitgliederkongress zum Thema «Eine christliche Antwort auf die Finanzkrise». Hauptredner Dr. Bob Goudzwaard, ehemaliges Mitglied

des niederländischen Parlamentes, plädierte für eine «Kultur der Genügsamkeit»: Erstens dürften Nachhaltigkeit und Solidarität nicht länger Lippenbekenntnisse bleiben. Statt möglichst rasch auf den Wachstumspfad zurückzukehren, müsse die aktuelle Krise dazu genutzt werden, unsere Volkswirtschaften entsprechend umzubauen. Zweitens müssten wir realisieren, dass wir alle im selben Boot sitzen. Die Idee der Sozialpartnerschaft

müsse umfassend belebt werden. Heute würden wir bloss Interessengruppen befriedigen statt gesellschaftlich reife Entscheidungen zu treffen. Drittens sei eine bescheidene Politik der kleinen Schritte angezeigt: es gelte in jeder Situation eine gerechte Lösung zu suchen, mag der Fortschritt auch bescheiden sein. Am Nachmittag führten die EVP-Nationalräte Ruedi Aeschbacher und Walter Donzé die Teilnehmenden durchs Bundeshaus.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 3. ausserordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 21. November, 10.00 bis 12.30 Uhr in Riehen

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Grussworte
- TOP 4 Wahl der StimmenzählerInnen (Protokollprüfer)
- TOP 5 Abstimmungsvorlagen
- TOP 6 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Anschliessend besteht für Angemeldete die Möglichkeit eines gemeinsamen Mittagessens. Die Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Zentralpräsident
Heiner Studer

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 21. November 2009 an.
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jev-p-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Senden bis am 16. November an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7.

EINLADUNG

Bettagskonferenz «Neutral sein»

Die 5. Bettagskonferenz der EVP Schweiz vom 19. September im Aarauer Grossratsgebäude bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Nichteinmischung, Anpassertum und Parteinahme. Es referieren der bekannte Autor und Publizist Henryk M. Broder, die Richterin Elisabeth Bauhofer, Pfarrer Urs Schmid, Neutralitätsforscher Jon M. Ebersole und EVP-Nationalrat Walter Donzé. Für Christen, die Farbe bekennen wollen, ohne gleich parteiisch zu sein!

Weitere Informationen:
www.evppev.ch > Termine > Bettagskonferenz